

1972	Ausgegeben zu Bonn am 2. März 1972	Nr. 8
------	------------------------------------	-------

Tag	Inhalt	Seite
25. 2. 72	Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 5/72 — Besondere Zollsätze gegenüber Marokko)	81
28. 1. 72	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie der Vereinigten Staaten von Amerika über die Verwaltung der Archive der Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland	82
28. 1. 72	Bekanntmachung des Verwaltungsabkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtsstellung der "University of Arkansas", der "Ball State University", der "Wayne State University" und des "Chicago City College" in der Bundesrepublik Deutschland ...	84
2. 2. 72	Bekanntmachung der Ergänzungsvereinbarung zu der Vereinbarung vom 7./18. Oktober 1965 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Beschäftigung tunesischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland	87
21. 2. 72	Bekanntmachung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vice-Premier Ministre et Ministre des Affaires Economiques du Royaume de Belgique über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölzerzeugnissen	89

**Verordnung
zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs
(Nr. 5/72 — Besondere Zollsätze gegenüber Marokko)**

Vom 25. Februar 1972

Auf Grund des § 77 Abs. 3 Nr. 1 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 529), geändert durch das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 8. März 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 165), verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Im Deutschen Teil-Zolltarif (Bundesgesetzbl. 1968 II S. 1044) in der am 31. Dezember 1971 geltenden Fassung wird mit Wirkung vom 6. September 1971 folgender neuer Anhang angefügt:

Besondere Zollsätze gegenüber Marokko

Tarifstelle	Warenbezeichnung	Zollsatz
1	2	3
16.04 D	Waren dieser Tarifstellen mit Ursprung in Marokko, 855 t vom 6. September 1971 bis 31. Dezember 1971	12,5%
E		12,1%

§ 2

Im Deutschen Teil-Zolltarif in der zur Zeit geltenden Fassung wird mit Wirkung vom 1. Januar 1972 folgender neuer Anhang angefügt:

Besondere Zollsätze gegenüber Marokko

Tarifstelle	Warenbezeichnung	Zollsatz
1	2	3
16.04 D E	Waren dieser Tarifstellen mit Ursprung in Marokko, 71,25 t vom 1. Januar 1972 bis 31. Januar 1972	12,5 % 12 %

§ 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 25. Februar 1972

Der Bundeskanzler
Brandt

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen
Schiller

**Bekanntmachung
der Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und den Regierungen
der Französischen Republik,
des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
sowie der Vereinigten Staaten von Amerika
über die Verwaltung der Archive der Schiedskommission
für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland**

Vom 28. Januar 1972

In Bonn ist durch Notenwechsel vom 12. August 1971/26. August und 31. Dezember 1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie der Vereinigten Staaten von Amerika eine Vereinbarung über die Verwaltung der Archive der am 31. Dezember 1969 aufgelösten Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland getroffen worden.

Die Vereinbarung ist nach ihrem Absatz 4
am 31. Dezember 1971

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Januar 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 49).

Bonn, den 28. Januar 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Verbalnote

Auswärtiges Amt
V 7 — 80.51/0

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Königlich Britischen Botschaft *) unter Bezugnahme auf die mit Vertretern der Botschaften der Drei Mächte und dem Präsidenten der Kommission geführten Verhandlungen über die Verwaltung der Archive der Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland (im folgenden als „Kommission“ bezeichnet) eine Vereinbarung vorzuschlagen:

Die Kommission ist nach Artikel 1 ihrer Satzung (Anhang zu dem am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der durch das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) für die Dauer von zehn Jahren errichtet worden. Nach Ablauf dieses Zeitabschnittes hat sie ihre Amtsgeschäfte gemäß Artikel 1 Absatz 3 ihrer Satzung weitergeführt, bis alle bei ihr zu diesem Zeitpunkt anhängig gewesen Fälle abgeschlossen waren; mit Ablauf des 31. Dezember 1969 wurde sie aufgelöst.

Es wird vereinbart, daß die Prozeßakten sowie das sonstige bei der Kommission angefallene Aktenmaterial der Regierung der Bundesrepublik Deutschland übergeben werden, die sie bei dem Bundesarchiv in Koblenz aufbewahren wird. Diese Akten können auf Grund eines an das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland zu richtenden Antrags von interessierten Personen oder Stellen im Bundesarchiv eingesehen werden.

Falls sich die Regierungen der Drei Mächte mit diesem Vorschlag einverstanden erklären, sollen diese Note und die Antwortnoten der Botschaften der Drei Mächte eine Vereinbarung zwischen den beteiligten Regierungen bilden, die mit dem Datum der letzten Antwortnote in Kraft tritt.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Königlich Britische Botschaft erneut seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 12. August 1971

L. S.

An die
Königlich Britische Botschaft
53 Bonn

*) Gleichlautende Verbalnoten sind an die Französische Botschaft und an die Botschaft der Vereinigten Staaten gerichtet worden.

Verbalnote

(Übersetzung)

Königlich Britische Botschaft
Nr. 127

Die Königlich Britische Botschaft *) beehrt sich, den Empfang der Verbalnote des Auswärtigen Amts Nr. V 7 — 80.51/0 vom 12. August 1971 zu bestätigen, die in Übersetzung wie folgt lautet:

„Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Königlich Britischen Botschaft unter Bezugnahme auf die mit Vertretern der Botschaften der Drei Mächte und dem Präsidenten der Kommission geführten Verhandlungen über die Verwaltung der Archive der Schiedskommission für Güter, Rechte und Interessen in Deutschland (im folgenden als „Kommission“ bezeichnet) eine Vereinbarung vorzuschlagen:

Die Kommission ist nach Artikel 1 ihrer Satzung (Anhang zu dem am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der durch das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) für die Dauer von zehn Jahren errichtet worden. Nach Ablauf dieses Zeitabschnittes hat sie ihre Amtsgeschäfte gemäß Artikel 1 Absatz 3 ihrer Satzung weitergeführt, bis alle bei ihr zu diesem Zeitpunkt anhängig gewesen Fälle abgeschlossen waren; mit Ablauf des 31. Dezember 1969 wurde sie aufgelöst.

Es wird vereinbart, daß die Prozeßakten sowie das sonstige bei der Kommission angefallene Aktenmaterial der Regierung der Bundesrepublik Deutschland übergeben werden, die sie bei dem Bundesarchiv in Koblenz aufbewahren wird. Diese Akten können auf Grund eines an das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland zu richtenden Antrags von interessierten Personen oder Stellen im Bundesarchiv eingesehen werden.

Falls sich die Regierungen der Drei Mächte mit diesem Vorschlag einverstanden erklären, sollen diese Note und die Antwortnoten der Botschaften der Drei Mächte eine Vereinbarung zwischen den beteiligten Regierungen bilden, die mit dem Datum der letzten Antwortnote in Kraft tritt.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Königlich Britische Botschaft erneut seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Die Botschaft beehrt sich, dem Auswärtigen Amt hierauf mitzuteilen, daß die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland den obigen Vorschlag annimmt und damit einverstanden ist, daß die Note des Auswärtigen Amts und diese Antwortnote zusammen mit den Antwortnoten der Französischen Botschaft und der Botschaft der Vereinigten Staaten vom 31. Dezember 1971 und 26. August 1971 eine Vereinbarung zwischen den beteiligten vier Regierungen bilden, die am heutigen Tag in Kraft tritt.

Die Königlich Britische Botschaft benutzt diesen Anlaß, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 31. Dezember 1971

L. S.

An das
Auswärtige Amt
53 Bonn

*) Gleichlautende Verbalnoten sind von der Französischen Botschaft am 31. Dezember 1971 und der Botschaft der Vereinigten Staaten am 26. August 1971 an das Auswärtige Amt gerichtet worden.

**Bekanntmachung
des Verwaltungsabkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über die Rechtsstellung
der "University of Arkansas", der "Ball State University",
der "Wayne State University" und des "Chicago City College"
in der Bundesrepublik Deutschland**

Vom 28. Januar 1972

In Bonn ist auf Grund des Artikels 71 Abs. 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut vom 3. August 1959 (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1183, 1218) durch Notenwechsel vom 4. Juni 1971 und 1. Dezember 1971 ein Verwaltungsabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten über die Rechtsstellung

der "University of Arkansas", der "Ball State University", der "Wayne State University" und des "Chicago City College"

geschlossen worden.

Das Verwaltungsabkommen ist nach seiner Nummer 6

am 7. Dezember 1971

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 9. Januar 1968 (Bundesanzeiger Nr. 21 vom 31. Januar 1968) und 8. Dezember 1971 (Bundesgesetzbl. 1972 II S. 5).

Bonn, den 28. Januar 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Verbalnote

Verbalnote

(Übersetzung)

Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika

Auswärtiges Amt

V 7 — 81.60/0/3

Nr. 107

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland folgendes mitzuteilen:

Um für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte sowie des zivilen Gefolges und ihre Angehörigen weitere Möglichkeiten der Fortbildung zu schaffen, schlägt die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, ein Verwaltungsabkommen nach Artikel 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, das folgenden Wortlaut haben soll:

1. Der "University of Arkansas", der "Ball State University", der "Wayne State University" und dem "Chicago City College", die den Mitgliedern der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika sowie des zivilen Gefolges und deren Angehörigen Bildungsmöglichkeiten bieten, wird dieselbe Behandlung gewährt wie den Organisationen, die in Absatz 3 des sich auf Artikel 71 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut beziehenden Abschnitts des Unterzeichnungsprotokolls aufgeführt sind.

2. Vorgenannte Organisationen sind für die Befriedigung der militärischen Bedürfnisse der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte erforderlich. Sie arbeiten nach den Richtlinien der amerikanischen Truppe und unterstehen deren Dienstaufsicht.

3. Die ausschließlich im Dienste der "University of Arkansas", der "Wayne State University", der "Ball State University" und des "Chicago City College" stehenden Angestellten sind, unbeschadet des Artikels 71 Absatz 6 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, wie Mitglieder des zivilen Gefolges, die Angehörigen dieser Angestellten wie Angehörige von Mitgliedern des zivilen Gefolges anzusehen und zu behandeln.

4. Die "University of Arkansas", die "Ball State University", die "Wayne State University" und das "Chicago City College" gelten nicht als Bestandteil der Truppe im Sinne von Artikel 41 Absatz 7 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und sind in bezug auf die Abgeltung von Schäden nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit. Landfahrzeuge, die von ihnen betrieben werden, werden als Dienstfahrzeuge im Sinne des Artikels XI Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 11 sowie des Artikels XIII Absatz 4 des NATO-Truppenstatuts angesehen.

5. Die Botschaft wird dem Auswärtigen Amt die Orte in der Bundesrepublik Deutschland, in denen die Zweigstellen der "University of Arkansas", der "Ball State University", der "Wayne State University" und des "Chicago City College" ihren Sitz haben werden, sowie die Personalien der bei diesen Einrichtungen beschäftigten Personen mitteilen.

6. Dieses Verwaltungsabkommen tritt am Tage nach dem Eingang der Antwortnote des Auswärtigen Amtes bei der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Kraft.

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Empfang der Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 107 vom 4. Juni 1971 zu bestätigen, mit welcher mitgeteilt wird, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vorschlägt, ein Verwaltungsabkommen nach Artikel 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, das folgenden Wortlaut haben soll:

1. Der "University of Arkansas", der "Ball State University", der "Wayne State University" und dem "Chicago City College", die den Mitgliedern der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika sowie des zivilen Gefolges und deren Angehörigen Bildungsmöglichkeiten bieten, wird dieselbe Behandlung gewährt wie den Organisationen, die in Absatz 3 des sich auf Artikel 71 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut beziehenden Abschnitts des Unterzeichnungsprotokolls aufgeführt sind.

2. Vorgenannte Organisationen sind für die Befriedigung der militärischen Bedürfnisse der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte erforderlich. Sie arbeiten nach den Richtlinien der amerikanischen Truppe und unterstehen deren Dienstaufsicht.

3. Die ausschließlich im Dienste der "University of Arkansas", der "Wayne State University", der "Ball State University" und des "Chicago City College" stehenden Angestellten sind, unbeschadet des Artikels 71 Absatz 6 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, wie Mitglieder des zivilen Gefolges, die Angehörigen dieser Angestellten wie Angehörige von Mitgliedern des zivilen Gefolges anzusehen und zu behandeln.

4. Die "University of Arkansas", die "Ball State University", die "Wayne State University" und das "Chicago City College" gelten nicht als Bestandteil der Truppe im Sinne von Artikel 41 Absatz 7 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und sind in bezug auf die Abgeltung von Schäden nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit. Landfahrzeuge, die von ihnen betrieben werden, werden als Dienstfahrzeuge im Sinne des Artikels XI Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 11 sowie des Artikels XIII Absatz 4 des NATO-Truppenstatuts angesehen.

5. Die Botschaft wird dem Auswärtigen Amt die Orte in der Bundesrepublik Deutschland, in denen die Zweigstellen der "University of Arkansas", der "Ball State University", der "Wayne State University" und des "Chicago City College" ihren Sitz haben werden, sowie die Personalien der bei diesen Einrichtungen beschäftigten Personen mitteilen.

6. Dieses Verwaltungsabkommen tritt am Tage nach dem Eingang der Antwortnote des Auswärtigen Amtes bei der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den in den Nummern 1 bis 6 enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, schlägt die Botschaft vor, daß diese Verbalnote und eine das Einverständnis der Bundesrepublik bestätigende Note ein Verwaltungsabkommen im Sinne des Artikels 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bilden.

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, daß sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 107 vom 4. Juni 1971 und diese Antwortnote ein Verwaltungsabkommen im Sinne des Artikels 71 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn-Bad Godesberg, den 4. Juni 1971

Bonn, den 1. Dezember 1971

L. S.

L. S.

An das
Auswärtige Amt
53 Bonn

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
53 Bonn-Bad Godesberg

**Bekanntmachung
der Ergänzungsvereinbarung zu der Vereinbarung vom 7./18. Oktober 1965
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Tunesischen Republik
über die Beschäftigung tunesischer Arbeitnehmer
in der Bundesrepublik Deutschland**

Vom 2. Februar 1972

In Bonn ist durch Notenwechsel vom 29. November/
3. Dezember 1971 zwischen der Regierung der Bun-
desrepublik Deutschland und der Regierung der Tu-
nesischen Republik eine Ergänzungsvereinbarung zu
der durch Notenwechsel vom 7./18. Oktober 1965 ge-
troffenen Vereinbarung zwischen der Regierung der
Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der
Tunesischen Republik über die Beschäftigung tunesi-
scher Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutsch-
land (Bundesanzeiger Nr. 57 vom 23. März 1966)
getroffen worden.

Die Ergänzungsvereinbarung ist nach ihrer Num-
mer 3 Abs. 2

am 3. Dezember 1971

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffent-
licht.

Bonn, den 2. Februar 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Verbalnote

Auswärtiges Amt
V 6 — 80.55/90.38

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Tunesischen Botschaft unter Bezugnahme auf Abschnitt II des Protokolls über die in der Zeit vom 28. April bis 30. April 1971 in Bonn zwischen einer deutschen und einer tunesischen Regierungsdelegation geführten Gespräche über die tunesischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland die nachstehende Ergänzungsvereinbarung zu der durch Notenwechsel vom 7./18. Oktober 1965 getroffenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Beschäftigung tunesischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland vorzuschlagen:

1. In Nummer 9 Satz 2 der Vereinbarung vom 7./18. Oktober 1965 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Beschäftigung tunesischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland werden die Worte „und führt die Betroffenen auf ihre Kosten nach Tunesien zurück“ gestrichen. Das Komma zwischen den Worten „aus“ und „beschafft“ wird durch ein „und“ ersetzt.
2. Die Kosten für die Rückführung der nach Nummer 9 Satz 1 in Betracht kommenden tunesischen Staatsangehörigen werden deutscherseits vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Vereinbarung an übernommen.
3. Die Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Tunesien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Falls sich die Regierung der Tunesischen Republik mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt, würden diese Verbalnote und ihre Bestätigung eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik bilden, die mit dem Datum der Bestätigungsnote in Kraft tritt.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Tunesische Botschaft erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 29. November 1971

L. S.

An die
Tunesische Botschaft

Verbalnote

Botschaft von Tunesien
Bonn
Cons./M.O./No.: 9227

(Übersetzung)

Die Tunesische Botschaft beehrt sich, den Empfang der Verbalnote V 6 — 80.55/90.38 des Auswärtigen Amtes vom 29. November 1971 (mit der eine Änderung der Nummer 9 Satz 2 der am 7./18. Oktober 1965 zwischen der Regierung der Tunesischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland getroffenen Vereinbarung über tunesische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen wird) zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Tunesischen Botschaft unter Bezugnahme auf Abschnitt II des Protokolls über die in der Zeit vom 28. April bis 30. April 1971 in Bonn zwischen einer deutschen und einer tunesischen Regierungsdelegation geführten Gespräche über die tunesischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland die nachstehende Ergänzungsvereinbarung zu der durch Notenwechsel vom 7./18. Oktober 1965 getroffenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Beschäftigung tunesischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland vorzuschlagen:

1. In Nummer 9 Satz 2 der Vereinbarung vom 7./18. Oktober 1965 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über die Beschäftigung tunesischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland werden die Worte „und führt die Betroffenen auf ihre Kosten nach Tunesien zurück“ gestrichen. Das Komma zwischen den Worten „aus“ und „beschafft“ wird durch ein „und“ ersetzt.
2. Die Kosten für die Rückführung der nach Nummer 9 Satz 1 in Betracht kommenden tunesischen Staatsangehörigen werden deutscherseits vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Vereinbarung an übernommen.
3. Die Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Tunesien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Falls sich die Regierung der Tunesischen Republik mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt, würden diese Verbalnote und ihre Bestätigung eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik bilden, die mit dem Datum der Bestätigungsnote in Kraft tritt.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Tunesische Botschaft erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.“

Die Tunesische Botschaft beehrt sich, dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, daß die Regierung der Tunesischen Republik dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zustimmt und den Wortlaut der genannten Verbalnote des Auswärtigen Amtes bestätigt.

Die Tunesische Botschaft benutzt diesen Anlaß, das Auswärtige Amt erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn-Bad Godesberg, den 3. Dezember 1971

L. S.

An das
Auswärtige Amt

**Bekanntmachung
des Abkommens
zwischen dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Vice-Premier Ministre et Ministre des Affaires Economiques
du Royaume de Belgique
über die gegenseitige Anrechnung von Beständen
an Erdöl und Erdölerzeugnissen
Vom 21. Februar 1972**

Am 23. Oktober 1971 ist zwischen dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vice-Premier Ministre et Ministre des Affaires Economiques du Royaume de Belgique ein Abkommen über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen abgeschlossen worden. Bestände, die in dem einen Vertragsstaat lagern, können unter näher geregelten Voraussetzungen zur Erfüllung der Vorratspflicht in dem anderen Vertragsstaat herangezogen werden.

Das Abkommen ist nach seinem Artikel 11
am 23. Oktober 1971

in Kraft getreten; es wird nachstehend mit einem
Briefwechsel vom gleichen Tage veröffentlicht.

Bonn, den 21. Februar 1972

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen
Im Auftrag
Dr. Lantzke

Abkommen
zwischen dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Vice-Premier Ministre et Ministre des Affaires Economiques
du Royaume de Belgique
über die gegenseitige Anrechnung von Beständen
an Erdöl und Erdölerzeugnissen

Accord
entre le Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
et le Vice-Premier Ministre et Ministre des Affaires Economiques
du Royaume de Belgique
relatif à l'imputation réciproque des stocks
de pétrole brut et de produits pétroliers

Akkoord
tussen de Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
en de Vice-Eerste Minister en Minister van Economische Zaken
van het Koninkrijk België
met betrekking tot het wederzijds meeberekenen van voorraden
ruwe aardolie en aardolieprodukten

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
und
der Vice-Premier Ministre
et Ministre des Affaires Economiques
du Royaume de Belgique

sind im Hinblick darauf, daß

— die durch das Gesetz über Mindestvorräte an Erdölerzeugnissen vom 9. September 1965 (Bundesgesetzblatt I S. 1217) in der jeweils geltenden Fassung in der Bundesrepublik Deutschland vorgeschriebene Vorratspflicht für Erdölerzeugnisse nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes mit Beständen erfüllt werden kann, die sich in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft befinden, soweit durch entsprechende Übereinkommen oder auf Grund von Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften sichergestellt ist, daß solche Bestände den Zwecken der Vorratspflicht in gleicher Weise wie Bestände in der Bundesrepublik Deutschland nutzbar gemacht werden können,

Le Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
et
le Vice-Premier Ministre
et Ministre des Affaires Economiques
du Royaume de Belgique,

considérant:

— que la loi relative aux stocks minima de produits pétroliers du 9 septembre 1965 (Bundesgesetzblatt I S. 1217) prescrit dans sa rédaction de l'époque qu'en République Fédérale d'Allemagne il peut être satisfait à l'obligation de stockage de produits pétroliers selon le paragraphe 4, alinéa 2 de cette loi, par des stocks entreposés dans d'autres Etats-membres des Communautés Européennes, pour autant qu'existe la certitude, suite aux accords conclus à ce sujet ou conformément aux directives des Communautés Européennes, que ces stocks puissent servir comme stocks obligatoires dans la même mesure que les stocks entreposés dans la République Fédérale d'Allemagne,

De Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
en
de Vice-Eerste Minister
en Minister van Economische Zaken
van het Koninkrijk België,

overwegende dat:

— de bij de wet betreffende minimumvoorraden aardolieprodukten van 9 september 1965 (Bundesgesetzblatt I S 1217) in de dan geldende redaktie, in de Bondsrepubliek Duitsland vorrgeschreven verplichting tot het aanhouden van voorraden aardolieprodukten volgens paragraaf 4, lid 2 van deze wet kan worden nagekomen door middel van voorraden, die zich in andere Lid-Statens van de Europese Gemeenschappen bevinden, voor zover door terzake dienende overeenkomsten of op grond van richtlijnen van de Europese Gemeenschappen de zekerheid bestaat, dat zulke voorraden op dezelfde wijze dienstbaar gemaakt kunnen worden aan de doelstellingen van de voorraadplicht als in de Bondsrepubliek Duitsland aanwezige voorraden,

- der königliche Erlaß vom 11. Oktober 1971 Pflichten hinsichtlich der Lagereinrichtungen und der Lagerung von Erdölerzeugnissen vorsieht,
- Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Dezember 1968 (ABl.Nr. L 308 vom 23. 12. 1968, S. 14/16) zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten der EWG, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölerzeugnissen zu halten, die Anrechenbarkeit von im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates befindlichen Beständen im Rahmen besonderer zwischenstaatlicher Übereinkommen vorsieht,
- die Mineralölmärkte beider Länder auf Grund ihrer besonderen geographischen Lage und der bedeutenden Entwicklung des Versorgungsnetzes in Zukunft mehr und mehr verbunden sein werden,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

In Belgien befindliche Bestände an Erdöl, Fertig- und/oder Halbfertigerzeugnissen (Bestände) können im Rahmen der nachfolgenden Bestimmungen von Unternehmern, die in der Bundesrepublik Deutschland der Vorratspflicht unterliegen, auf die nach dem Gesetz über Mindestvorräte an Erdölerzeugnissen zu haltenden Vorräte angerechnet werden.

Artikel 2

(1) Anrechenbar sind:

- a) Bestände, über die ein Unternehmer mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland (deutscher Unternehmer) als Eigentümer oder Miteigentümer oder aus einem sonstigen Rechtsgrund verfügungsberechtigt ist;
- b) sonstige Bestände, sofern der einzelne Bestand mindestens 1 000 t beträgt, der als Eigentümer, Miteigentümer oder aus einem sonstigen Rechtsgrund verfügungsberechtigte belgische Unternehmer sich schriftlich verpflichtet hat, den Bestand mindestens für die Dauer eines Kalendervierteljahres für einen deutschen Unternehmer zur Verfügung zu halten (Verpflichtungserklärung), und der für die Energie zuständige Minister des Königreichs Belgien auf Antrag der Anrechnung schriftlich zugestimmt hat.

- que l'arrêté royal du 11 octobre 1971 implique des obligations en matière de moyens de stockage et de stockage de produits pétroliers,
- qu'en raison de l'application définitive de l'article 6, alinéa 2 de la directive du Conseil des Communautés Européennes du 20 décembre 1968 (J.O.N° L 308 du 23. 12. 1968 p. 14/16) faisant obligation aux Etats-membres de la C.E.E. de maintenir un niveau minimum de stocks de pétrole brut et/ou de produits pétroliers qui prévoit l'imputation de stocks situés sur le territoire d'un autre Etat-membre dans le cadre des accords intergouvernementaux particuliers,
- que les marchés pétroliers des deux pays, à cause de leur localisation géographique particulière et du développement important du réseau de distribution, seront à l'avenir de plus en plus associés,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1^{er}

Des stocks de pétrole brut, de produits finis et/ou de produits semi-finis, se trouvant en Belgique (stocks), peuvent, dans le cadre des dispositions qui suivent, être imputés par des entreprises assujetties à des obligations de stockage dans la République Fédérale d'Allemagne sur les stocks qui doivent être détenus par elles en vertu de la loi sur les stocks minima concernant les produits pétroliers.

Article 2

§ 1. Sont imputables:

- a) des stocks dont une entreprise ayant son siège dans la République Fédérale d'Allemagne (entreprise allemande) dispose soit comme propriétaire, copropriétaire, soit en fonction d'une autre base juridique;
- b) d'autres stocks, pour autant que le stock individuel atteigne au moins 1 000 tonnes, que l'entreprise belge ayant le droit d'en disposer, soit comme propriétaire ou copropriétaire, soit en fonction d'une autre base juridique, se soit engagée par écrit (déclaration d'obligation), à tenir à la disposition d'une entreprise allemande, au moins pour la durée d'un trimestre civil et pour autant que le Ministre du Royaume de Belgique qui a l'énergie dans ses attributions ait approuvé par écrit la demande d'imputation.

- het koninklijk besluit van 11 oktober 1971 verplichtingen oplegt inzake opslagmiddelen en opslag van aardolieproducten,
- met het oog op de definitieve toepassing van art. 6, lid 2 van de richtlijn van de Raad van Europese Gemeenschappen van 20 december 1968 (Pb nr L 308 van 23. 12. 1968, blz 14/16), houdende de verplichting van de Lid-Staten van de E.E.G. om minimumvoorraden ruwe aardolie en/of aardolieproducten in opslag te houden, dat voorziet in het meeberekenen van op het grondgebied van een andere lidstaat aanwezige voorraden binnen het kader van speciale intergouvernementale overeenkomsten,
- de aardoliemarkten van beide landen op grond van hun geografische ligging en het hoogontwikkelde distributienet in de toekomst meer en meer met elkaar vervlochten zullen zijn,

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

In België aanwezige voorraden ruwe olie, aardolieproducten en/of halffabrikaten (voorraden), kunnen in het raam der navolgende bepalingen meeberekend worden door de voorraadplichtige ondernemers, die in de Bondsrepubliek Duitsland aan hun voorraadverplichtingen moeten voldoen krachtens de wetgeving tot het aanhouden van minimumvoorraden aardolieproducten.

Artikel 2

§ 1 — Zijn meeberekenbaar:

- a/ Voorraden, waarover de in de Bondsrepubliek Duitsland gevestigde ondernemer (Duitse ondernemer) als eigenaar, medeëigenaar of op basis van een andere rechtsgrond bevoegdheid heeft te beschikken;
- b/ Overige voorraden, voor zover de afzonderlijke voorraad een minimumgewicht van 1 000 t heeft, en waarover de Belgische ondernemer als eigenaar, medeëigenaar of op basis van een andere rechtsgrond bevoegdheid heeft te beschikken; voor zover hij eveneens schriftelijk (verplichte verklaring) de verplichting op zich neemt deze voorraad voor de duur van minstens een kwartaal voor de Duitse ondernemer in opslag te houden en de Minister van het Koninkrijk België die de energie onder zijn bevoegdheid heeft schriftelijk ingestemd heeft met het verzoek tot meeberekening.

(2) Artikel 1 in Verbindung mit Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe a) findet sinngemäß Anwendung auf Bestände, die sich an Bord von Seeschiffen befinden, sofern die Hafenformalitäten in dem belgischen Hafen abgeschlossen worden sind.

Artikel 3

(1) Der Antrag nach Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b) ist von dem belgischen Unternehmer spätestens 10 Werktagen vor Beginn des Kalendervierteljahres, in dem die Bestände für den deutschen Unternehmer zur Verfügung gehalten werden, den zuständigen belgischen Behörden vorzulegen.

Der Antrag muß folgende Angaben enthalten:

- a) Art und Menge der Bestände,
- b) die genaue Bezeichnung der örtlichen Lage des Lagers, in dem sich die Bestände befinden,
- c) Name und Anschrift des deutschen Unternehmers, der die Bestände anrechnen wird,
- d) das Kalendervierteljahr, für das die Zustimmung beantragt wird,
- e) Zeitpunkt der Ausstellung der Verpflichtungserklärung,
- f) die für die Bestände geltenden Zollbestimmungen.

(2) Dem Antrag ist die Verpflichtungserklärung nach Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b) beizufügen.

(3) Erstreckt sich die Verpflichtungserklärung auf mehrere Kalendervierteljahre, so kann der Antrag für den gesamten Zeitraum gestellt werden, sofern sich die übrigen in diesem Artikel vorgesehenen Angaben nicht ändern. Die Zustimmung nach Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b) wird jedoch nur für ein Kalendervierteljahr erteilt.

Artikel 4

Die Bestände nach Artikel 2 können nicht auf die nach dem belgischen Gesetz über die Pflichtbevorratung zu haltenden Vorräte angerechnet werden. Sie werden nicht als Bestände belgischer Unternehmer in die Bestandsmeldungen gegenüber der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie gegenüber den Europäischen Gemeinschaften einbezogen.

Artikel 5

Der für die Energie zuständige Minister des Königreichs Belgien kann die Zustimmung nach Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b) versagen, wenn der belgische Unternehmer die in Belgien geltenden Bevorratungsbestimmungen nicht erfüllt.

§ 2. L'article premier, associé à l'art. 2, § 1, litt. a) est également applicable pour des stocks qui se trouvent à bord de navires de mer, pour autant que les formalités portuaires aient été effectuées dans le port belge.

Article 3

§ 1. La demande, conformément à l'art. 2, § 1, litt. b) est à soumettre aux autorités belges compétentes par l'entreprise belge, au plus tard 10 jours ouvrables avant le début du trimestre civil durant lequel les stocks seront tenus à la disposition de l'entreprise allemande.

La demande doit comporter les données suivantes:

- a) nature et quantité des stocks;
- b) définition précise de l'implantation géographique du dépôt où se trouvent les stocks;
- c) nom et adresse de l'entreprise allemande qui imputera les stocks;
- d) trimestre civil pour lequel l'autorisation est demandée;
- e) date d'émission de la déclaration d'obligation;
- f) régime douanier sous lequel ces stocks sont détenus.

§ 2. Il convient de joindre la déclaration d'obligation conformément à l'art. 2, § 1, litt. b).

§ 3. Dans la mesure où la déclaration d'obligation s'étend sur plusieurs trimestres civils, la demande peut être introduite pour l'intégralité de la période, pour autant que les autres données prévues dans le présent article ne se modifient pas. Toutefois l'autorisation prévue à l'art. 2, § 1, litt. b) ne sera donnée que pour un trimestre civil.

Article 4

Les stocks désignés à l'art. 2 ne peuvent pas être imputés pour couvrir les obligations de stockage découlant de la législation belge sur le stockage obligatoire. Ils ne sont pas inclus dans les déclarations de stocks des entreprises belges destinées à l'Organisation de Coopération et de Développement Economique et aux Communautés Européennes.

Article 5

Le Ministre du Royaume de Belgique qui a l'énergie dans ses attributions peut refuser l'autorisation prévue à l'art. 2, § 1, litt. b) lorsque l'entreprise belge ne remplit pas les obligations relatives au stockage en vigueur en Belgique.

§ 2 — Art. 1 samen met art. 2 § 1 litt. a) zijn van overeenkomstige toepassing op voorraden die zich aan boord van zeeschepen bevinden, voor zover de havenformaliteiten in een Belgische haven vervuld zijn.

Artikel 3

§ 1 — De aanvraag waarvan sprake in art. 2 § 1, litt. b), dient door de Belgische ondernemer, ten laatste, 10 werkdagen voor de aanvang van het kwartaal, tijdens hetwelk de voorraden voor de Duitse ondernemer in opslag zullen gehouden worden, aan de bevoegde Belgische overheid overgelegd te worden.

De aanvraag moet volgende gegevens omvatten:

- a/ aard en hoeveelheid van de voorraden;
- b/ de nauwkeurige aanduiding van de opslagruimte waarin deze voorraden zich bevinden;
- c/ naam en adres van de Duitse ondernemer, voor wie de voorraden aangerekend zijn;
- d/ het kwartaal voor hetwelk de toestemming wordt aangevraagd;
- e/ tijdstip van de afgifte van de verplichtingsverklaring;
- f/ het douanestelsel waaronder deze voorraden zich bevinden.

§ 2 — De verplichte verklaring waarvan sprake in art. 2, § 1, litt. b), moet bij de aanvraag gevoegd worden.

§ 3 — Indien de verplichte verklaring over meerdere kwartalen loopt dan kan de aanvraag voor de gezamenlijke tijdsperiode worden gedaan, voor zover de overige gegevens, voorzien in dit artikel, niet veranderen. De toestemming evenwel, voorzien bij art. 2, § 1, litt. b), zal voor niet meer dan een kwartaal gegeven worden.

Artikel 4

De voorraden bepaald in art. 2 kunnen als geldende voorraden, voor de naar Belgische wetgeving opgelegde voorraadverplichtingen, niet meeberekend worden. Zij mogen niet opgenomen worden in de voorraadopgaven van de Belgische ondernemingen bestemd voor de Organisatie voor Economische Samenwerking en Ontwikkeling en voor de Europese Gemeenschappen.

Artikel 5

De Minister van het Koninkrijk België die de energie onder zijn bevoegdheid heeft kan de toestemming waarvan sprake in art. 2, § 1, litt. b), weigeren, wanneer de Belgische ondernemer die in België geldende voorraadverplichtingen niet naleeft.

Der für die Energie zuständige Minister des Königreichs Belgien wird seine Entscheidung über den Antrag bis spätestens zu Beginn des Kalendervierteljahres dem Antragsteller bekanntgeben.

Artikel 6

(1) Sollte das Volumen der Bestände nach Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b) einen Stand erreichen, der im Hinblick auf die Gesamtheit der in Belgien der Bevorratungspflicht unterworfenen Bestände an Erdöl, Fertigerzeugnissen und/oder Halbfertigerzeugnissen als unvertretbar hoch anzusehen ist, so wird der für die Energie zuständige Minister des Königreichs Belgien unverzüglich Konsultationen über eine Begrenzung der Anrechenbarkeit dieser Bestände für das nächste Kalendervierteljahr mit dem für die Energie zuständigen Minister der Bundesrepublik Deutschland aufnehmen.

(2) Der Vorschlag zur Aufnahme dieser Konsultationen muß spätestens eine Woche nach Ablauf des in Artikel 7 Absatz 1 genannten Zeitraumes erfolgen; die Konsultationen finden in der Woche nach Eingang des Vorschlags statt. Das anrechenbare Volumen in den einzelnen Bestandsgruppen darf die Mengen nicht unterschreiten, deren Anrechnung der für die Energie zuständige Minister des Königreichs Belgien im Durchschnitt der letzten vier Kalendervierteljahre zugestimmt hat.

(3) Der für die Energie zuständige Minister des Königreichs Belgien verpflichtet sich, diese Schutzklausel nur in Fällen zwingender Notwendigkeit vorübergehend anzuwenden.

Artikel 7

(1) Der für die Energie zuständige Minister des Königreichs Belgien erhält von dem für die Energie zuständigen Minister der Bundesrepublik Deutschland für jedes abgelaufene Kalendervierteljahr eine Übersicht über die in Belgien befindlichen und von deutschen Unternehmern zur Erfüllung ihrer Vorratspflicht angerechneten Bestände, aufgegliedert nach den in Artikel 2 bezeichneten Bestandskategorien. Die Übersicht wird dem für die Energie zuständigen Minister des Königreichs Belgien spätestens sechs Wochen nach Ablauf des jeweiligen Kalendervierteljahres übersandt.

Le Ministre du Royaume de Belgique qui a l'énergie dans ses attributions fera connaître au demandeur sa décision relative à la demande au plus tard pour le début du trimestre civil.

Article 6

§ 1. Si le volume des stocks conformément à l'art. 2, § 1, litt. b) atteignait un niveau jugé excessif eu égard à la totalité des stocks de pétrole brut, de produits semiraffinés et les produits pétroliers assujettis aux obligations de stockage en Belgique, le Ministre du Royaume de Belgique qui a l'énergie dans ses attributions, entamera immédiatement des consultations avec le Ministre de la République Fédérale d'Allemagne qui a l'énergie dans ses attributions, sur la limitation de l'imputation de ces stocks pour le trimestre suivant.

§ 2. La proposition pour procéder à ces consultations doit être introduite au plus tard une semaine après expiration du délai prévu à l'article 7, § 1.; ces consultations doivent alors avoir lieu dans la semaine qui suit la réception de la proposition. Le volume des stocks imputable pour les différentes catégories de stocks ne peut toutefois être inférieur à la moyenne des quantités des quatre derniers trimestres civils pour l'imputation pour lequel le Ministre du Royaume de Belgique qui a l'énergie dans ses attributions a donné son accord.

§ 3. Le Ministre du Royaume de Belgique qui a l'énergie dans ses attributions s'engage à n'appliquer cette clause de protection que de façon temporaire et dans des cas d'extrême nécessité.

Article 7

§ 1. Le Ministre du Royaume de Belgique qui a l'énergie dans ses attributions reçoit du Ministre de la République Fédérale d'Allemagne qui a l'énergie dans ses attributions, pour chaque trimestre civil écoulé, un relevé des quantités prises en compte par les entreprises allemandes en Belgique, en vue de satisfaire leurs obligations de stockage, réparties suivant les deux catégories énumérées à l'article 2. Ce relevé est transmis au Ministre du Royaume de Belgique qui a l'énergie dans ses attributions, au plus tard dans les six semaines qui suivent la fin de chaque trimestre civil.

De Minister van het Koninkrijk België die de energie onder zijn bevoegdheid heeft zal zijn beslissing omtrent de toestemming aan de aanvrager laten kennen ten laatste bij het begin van de aanvang van het kwartaal.

Artikel 6

§ 1 — Mocht de omvang van de voorraden bepaald in art. 2, § 1, litt. b, een niveau bereiken dat met het oog op de totale in België aanwezige voorraden ruwe aardolie, halffabrikaten en onder de voorraadplicht vallende aardolieprodukten als onverantwoord hoog worden beschouwd, dan zal de Minister van het Koninkrijk België die de energie onder zijn bevoegdheid heeft onverwijld consultaties beginnen met de Minister der Bondsrepubliek Duitsland die de energie onder zijn bevoegdheid heeft over een begrenzing van het meeberekenen van deze voorraden voor het volgende kwartaal.

§ 2 — Het voorstel tot zulke consultaties moet uiterlijk één week na het verstrijken van de termijn bepaald onder art. 7, § 1, worden ingediend; deze consultaties moeten dan binnen een week na ontvangst van het voorstel plaats vinden. De omvang van de voorraden welke voor de afzonderlijke voorraadcategorieën meeberekend worden, mag nochtans niet geringer zijn dan het gemiddelde van de hoeveelheden der laatste vier kwartalen voor het meeberekenen waarvan de Minister van het Koninkrijk België die de energie onder zijn bevoegdheid heeft, goedkeuring heeft verleend.

§ 3 — De Minister van het Koninkrijk België die de energie onder zijn bevoegdheid heeft verbindt zich deze beschermingsclausule alleen in dringende noodzakelijke gevallen tijdelijk toe te passen.

Artikel 7

§ 1 — De Minister van het Koninkrijk België die de energie onder zijn bevoegdheid heeft krijgt van de Minister der Bondsrepubliek Duitsland die de energie onder zijn bevoegdheid heeft, voor ieder afgelopen kwartaal, een overzicht omtrent de zich in België bevindende en door de Duitse ondernemers tot vervulling van hun voorraadverplichtingen meeberekende voorraden, afgeleverd volgens de in art. 2 opgenomen voorraadcategorieën. Dit overzicht wordt aan de Minister van het Koninkrijk België die de energie onder zijn bevoegdheid heeft ten laatste zes weken na verloop van het betreffende kwartaal toegezonden.

Die Übersicht enthält:

- a) Namen und Anschrift des belgischen Unternehmers, bei dem die Bestände lagern,
- b) Art und Menge der Bestände,
- c) den genauen Ort des Lagers.

(2) Der für die Energie zuständige Minister des Königreichs Belgien überprüft diese Angaben und teilt dem für die Energie zuständigen Minister der Bundesrepublik Deutschland mögliche Beanstandungen mit.

(3) Die von dem für die Energie zuständigen Minister des Königreichs Belgien beanstandeten Bestände können von den deutschen Unternehmern auf ihre nach dem Gesetz über Mindestvorräte an Erdölzeugnissen zu haltenden Vorräte nicht angerechnet werden.

Artikel 8

Die Bestimmungen der Artikel 1 bis 7 finden sinngemäß Anwendung auf die Anrechnung von Beständen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland befinden, durch Unternehmer zur Erfüllung ihrer in Belgien bestehenden Vorratspflichten und auf die Einbeziehung in die Bestandsmeldungen gegenüber der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie gegenüber den Europäischen Gemeinschaften.

Artikel 9

Auf Antrag einer der beiden Vertragsparteien können über alle Fragen zur Auslegung und Anwendung dieses Abkommens Konsultationen durchgeführt werden. Im Falle einer Versorgungskrise werden solche Konsultationen zum frühestmöglichen Zeitpunkt eingeleitet.

Artikel 10

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Vice-Premier Ministre et Ministre des Affaires Economiques du Royaume de Belgique innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 11

Dieses Abkommen tritt am Tag der Unterzeichnung in Kraft. Es tritt mit dem Inkrafttreten des endgültigen Regierungsabkommens außer Kraft.

Le relevé comporte:

- a) le nom et l'adresse de l'entreprise belge détenant les stocks;
- b) la nature et la quantité de ces stocks;
- c) la localisation exacte du dépôt.

§ 2. Le Ministre du Royaume de Belgique qui a l'énergie dans ses attributions contrôle ces indications et communique au Ministre de la République Fédérale d'Allemagne qui a l'énergie dans ses attributions, ses observations éventuelles.

§ 3. Les stocks qui font l'objet d'un refus de la part du Ministre du Royaume de Belgique qui a l'énergie dans ses attributions, ne peuvent pas être imputés par les entreprises allemandes sur les stocks qui doivent être détenus par elles en vertu de la loi sur les stocks minima concernant les produits pétroliers.

Article 8

Les dispositions des articles 1 à 7 s'appliquent réciproquement à l'imputation des stocks détenus en République Fédérale d'Allemagne par des entreprises afin de remplir leurs obligations de stockage en Belgique, et en ce qui concerne l'inclusion dans les informations relatives aux stocks communiqués à l'Organisation de Coopération et de Développement Economique et aux Communautés Européennes.

Article 9

Toutes les questions relatives à l'interprétation et à l'application du présent accord peuvent faire l'objet de consultations à la demande de chacune des parties contractantes. En cas de crise d'approvisionnement de telles consultations sont entreprises dans les meilleurs délais.

Article 10

Cet accord est d'application également pour le Land Berlin pour autant que le Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen der Bundesrepublik Deutschland n'aura pas communiqué au Vice-Premier Ministre et Ministre des Affaires Economiques du Royaume de Belgique, dans un délai de trois mois à dater de l'entrée en vigueur de l'accord une déclaration en sens opposé.

Article 11

Le présent accord entre en vigueur à la date de sa signature. Il sera abrogé au moment de l'entrée en vigueur de l'accord gouvernemental définitif.

Het overzicht omvat:

- a/ naam en adres van de Belgische ondernemer, bij wie de voorraden zijn opgeslagen;
- b/ aard en hoeveelheid der voorraden;
- c/ de nauwkeurige localisatie van de voorraden.

§ 2 — De Minister van het Koninkrijk België die de energie onder zijn bevoegdheid heeft controleert deze aangifte en deelt de Minister van de Bondsrepubliek Duitsland die de energie onder zijn bevoegdheid heeft zijn gebeurlijke bevindingen daaromtrent mede.

§ 3 — De voorraden die door de Minister van het Koninkrijk België die de energie onder zijn bevoegdheid heeft niet in aanmerking genomen worden, kunnen door de Duitse ondernemers niet meeberekend worden krachtens de wetgeving tot het aanhouden van minimumvoorraden aardolieproducten.

Artikel 8

De bepalingen van artikel 1 tot 7 zijn van overeenkomstige toepassing op het meeberekenen van in de Bondsrepubliek Duitsland aanwezige voorraden door ondernemers ter vervulling van hun in België bestaande voorraadverplichtingen en op het opnemen in de voorraadopgaven aan de organisatie voor Economische Samenwerking en Ontwikkeling en aan de Europese Gemeenschappen.

Artikel 9

Op voorstel van één der contracterende partijen kan nopens al wat de interpretatie en de toepassing van dit akkoord betreft, overleg worden gepleegd. Ingeval van bevoorradingskrisis, gebeurt dergelijk overleg zo vlug mogelijk.

Artikel 10

Dit akkoord geldt ook voor de deelstaat Berlijn, voor zover de Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen der Bundesrepublik Deutschland aan de Vice-Eerste Minister en Minister van Economische Zaken van het Koninkrijk België binnen de drie maand na het van kracht worden van het akkoord geen tegengestelde verklaring geeft.

Artikel 11

Dit akkoord treedt in werking op de dag der ondertekening. Het zal vervallen op het ogenblik van het inwerking treden van het definitief gouvernementeel akkoord.

GESCHEHEN zu Bonn/Brüssel am 23. Oktober 1971 in drei Urschriften, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

DONNÉ à Bonn/Bruxelles, les 23 octobre 1971 en trois originaux, chacun en langue allemande, française et néerlandaise, chaque texte ayant même force probante.

GEDAAN te Bonn/Brussel, op 23 oktober 1971 in drie originele exemplaren, elk in de Duitse, Franse en Nederlandse taal, waarbij elke tekst in gelijke mate bindend is.

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland
S c h i l l e r

Le Vice-Premier Ministre
et Ministre des Affaires Economiques
du Royaume de Belgique

De Vice-Eerste Minister
en Minister van Economische Zaken
van het Koninkrijk België
A. C o o l s

Der Bundesminister
für
Wirtschaft und Finanzen

53 Bonn, den 23. Oktober 1971

Herr Minister,

im Anschluß an die heutige Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vice-Premier Ministre et Ministre des Affaires Economiques du Royaume de Belgique über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen bestätige ich unser Einvernehmen, daß das in der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Dezember 1968 hierfür vorgesehene „besondere zwischenstaatliche Übereinkommen“ zunächst in der Form eines Ressortabkommens abgeschlossen wird, um möglichst schnell eine vertragliche Grundlage für die angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung der Mineralölmärkte unserer beiden Länder erwünschte gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen zu schaffen. Mit Ihnen bin ich der Auffassung, daß es sich hierbei um eine Übergangsregelung handelt, die alsbald durch ein mit Zustimmung des Parlaments abgeschlossenes Regierungsabkommen über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen abgelöst werden soll.

Bis dahin bleiben die Rechte des Parlaments unberührt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Schiller

Seiner Exzellenz
dem Vizepremierminister und
Minister für Wirtschaft des
Königreichs Belgien
Herrn A. Cools
Brüssel

Ministre
des Affaires Economiques

1040 Bruxelles, le 23 octobre 1971

Herr Minister,

Hiermit bestätige ich den Empfang Ihres Briefes vom heutigen Tage anlässlich der Unterzeichnung des Ressortabkommens zwischen dem Vice-Premier Ministre et Ministre des Affaires Economiques du Royaume de Belgique und dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen der Bundesrepublik Deutschland über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen.

Ich stimme mit Ihnen überein, daß es sich bei dem Ressortabkommen um eine Übergangsregelung handelt, die alsbald durch ein mit Zustimmung des Parlaments abgeschlossenes Regierungsabkommen über die gegenseitige Anrechnung von Beständen an Erdöl und Erdölerzeugnissen abgelöst werden soll.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

A. Cools

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister für Wirtschaft
und Finanzen
Herrn K. Schiller
53 Bonn (Deutschland)

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie für Bestellungen bereits erschlenener Ausgaben:
Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Telefon 22 40 86 — 88.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. beim Verlag vorliegen. Im Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Der Teil III kann nur als Verlagsabonnement bezogen werden.
Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 25,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,65 DM. Dieser Preis gilt auch für die Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1970 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt, Köln 399 oder gegen Vorausrechnung bzw. gegen Nachnahme.
Preis dieser Ausgabe 0,65 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM, bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung.
Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.